

Antrag Nr. 4

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]
an die 169. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien am 25. 10. 2017**

Nein zu JEFTA & Co.!

Am 21. September trat CETA „vorläufig“ in weiten Teilen in Kraft – nachdem Ende Oktober 2016 die EU-Oberen es schlussendlich gegen alle Widerstände und eine Ablehnung, die eine breite gesellschaftliche Mehrheit hinter sich hat, durchgeboxt hatte. „Selbst wenn die umstrittenen Konzernklagerechte noch ausgenommen sind“, so die PRO-GE zur „vorläufigen Anwendung“ zu Recht, „ist CETA schon jetzt ein Angriff auf die Demokratie, die Rechte von ArbeitnehmerInnen und die Umwelt.“

Nach ihrem Coup gegen den europaweiten Widerstand Hunderttausender auf den Straßen, der von Millionen bezeugten Ablehnung per Unterschrift, der breiten ablehnenden Haltung der Gewerkschaften und dem erst auf den letzten Drücker zur feierlichen, zeremoniellen Unterzeichnung ausgehebelten wallonischen „Non“, gelobten die politischen Eliten „Besserung“. Die Politik erklärte sich offiziell „geläutert“: Die Intransparenz-Praktiken der Verhandlungen von Freihandels- und Investitionsschutzabkommen sollten (zumindest in ihrer bisherigen Form) der Vergangenheit angehören, hinkünftig zudem auch mehr Rücksicht auf die Sozial-, Beschäftigungs-, Verbraucher- und Umweltstandards gelegt werden, und auch die bislang einseitige Bedienung der Profit- und Investoreninteressen sozusagen etwas „austariert“ werden.

Anstatt dessen schicken sich die politischen Eliten der EU – wie erst kurz zuvor über Leaks an die Öffentlichkeit drang – vielmehr an, auf CETA so schnell wie möglich das EU-Japan-Abkommen JEFTA („Japan-EU-Free-Trade-Agreement“) nachzuschieben. In Grundzügen wurde der Handelspakt im Juli denn auch schon in aller Eile besiegelt.

Als „Vorleistung“ für einen raschen Vertragsabschluss hat die EU in einem Kniefall vor den Interessen Tokios im aktuellen Vertragstext sogar das Vorsorgeprinzip in der Gesundheits- und Umweltpolitik gekappt. Da die japanische Wirtschaft annähernd dreimal so groß ist wie jene Kanadas, wären auch die Auswirkungen größer (wenn aufgrund der Vielzahl von US-Firmensitze in Kanada freilich nicht 1:1 umlegbar).

Parallel soll zudem so zügig wie möglich noch ein weiteres Freihandelsabkommen der EU mit Australien sowie Neuseeland folgen, das von Brüssel zeitgleich mit der JEFTA-Besiegelung als zusätzliches vorrangiges Projekt eingestuft wurde.

Das in JEFTA enthaltene Herzstück der „Regulatorischen Kooperation“ bedeutete eine weitere und weitreichende Einschränkung der nationalen Souveränität und demokratischen Aushöhlung. Neue Regeln oder geplante Regulierungsvorhaben (seien es z.B.

Finanzmarktregulierungen, Kündigungsschutz oder Umweltstandards) bedürften dann bereits im Vorfeld umfassender Konsultationen der Vertragsparteien und der Befassung von Vertretern Brüssels und Tokios mit den geplanten Gesetzesvorhaben. Ein Mechanismus, der darüber hinaus zugleich eine institutionalisierte Einbeziehung der Unternehmenslobby der EU und Japans in die Gesetzgebung beinhaltet. Und dies in sogar noch stärkerer Form als in den CETA-Verträgen.

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

- *Keine Kehrtwende im Kampf gegen die neue Generation der Freihandels- und Investitionsabkommen!*
- *Stopp CETA, JEFTA, TiSA & Co.!*
- *Nein zu besonderen Investitionsschutzbestimmungen und privilegierten Klagsrechten für Konzerne und Investoren!*
- *Nein zur Aushebelung des Rechtsstaats in jeder Form: weder durch herkömmliche, noch durch neue Formen von ISDS!*
- *Nein zur Entsouveränisierung in Form der „Regulatorischen Kooperation“ im Interesse der Banken und Konzerne*

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig